



PDF

# Bericht zur Gemeinderatssitzung 25.09.2023



## Die Berger CDU-Gemeinderatsfraktion informiert zur Gemeinderatssitzung vom 25.09.2023

Der Berger Gemeinderat hat sich am 25.09.2023  
mit folgenden Themen befasst:

- **Neuorganisation der Reviere im Forstamt Pfälzer Rheinauen (VO/2023/929)**
- **Haushaltsausgleich und Kommunalaufsicht (VO/2023/888)**
- **Kindertagesstätte Bergwachtel: Erstellung einer Machbarkeitsstudie (VO/2023/966)**
- **Antrag des FC Berg 1920 e. V. auf Zuschuss Sportstätten (VO/2023/936)**
- **Bauvoranfrage - Neubau Wohnhaus mit 5 barrierefreien Wohneinheiten (VO72023/325-03)**
- **Einwohnerfragen** (Baugebiete Kröningsbusch, südlich der Schule / Radweg Zollpavillon / Berichterstattung Rheinpfalz / Niederschriften der Ratssitzungen / Gefährdungen auf Fahrradwegen / Stand Glasfaser-Ausbau)
- **Sonstiges** (Kommunale Wärmeplanung / Sanierung Gemeinde-Wohnhäuser / Gehwegzustand im Bereich Mühle)

Ausführlich darüber können sich die Bürgerinnen und Bürger über die Sitzungsniederschrift informieren, wenn diese im Bürgerinformationssystem ALLRIS hinterlegt ist  
([www.hagenbach.sitzung-online.de](http://www.hagenbach.sitzung-online.de)).

Vorab möchte Sie die CDU-Gemeinderatsfraktion über wichtige Sitzungsinhalte und Positionen der CDU-Fraktion informieren (<https://www.facebook.com/cduberg/> und unter <http://www.cduberg.de>).

### Für Sie im Gemeinderat:

Michael Eich (Fraktionssprecher), Michael Stephany, Uwe Stephany und Martin Traub.



## Neuorganisation der Reviere im Forstamt Pfälzer Rheinauen (1/2)

Das Forstamt Pfälzer Rheinauen hat mitgeteilt, dass aufgrund der derzeitigen Personalsituation eine **Revierneuorganisation** notwendig ist. Offene Stellen könnten ungeachtet der 30 Ausbildungsstellen nicht alle besetzt werden. Die 8 bisherigen Reviere werden auf 6,5 **Reviere verkleinert**.

Neu hinzu kommen Waldflächen der **Stadt Germersheim**. Das Forstamt Pfälzer Rheinauen **wächst** dadurch auf **1500 Hektar** an und bewegt sich dennoch an der Untergrenze der landesweiten Reviergrößen (im Durchschnitt zw. 1500 und 2000 Hektar).

Zielsetzung soll trotz der Vergrößerung sein, weiterhin den besonderen Anforderungen an die Forste gerecht zu werden:

**Naturschutz, Erholung und Brennholzversorgung**. Frau Bub vom Forstamt Pfälzer Rheinauen stellte das Vorhaben in der Sitzung des Ortsgemeinderats vor und beantwortet im Anschluss Fragen der Gemeinderäte.

Die CDU-Fraktion äußerte wie die anderen Fraktionen **Bedenken**, denn durch die Zusammenlegung entsteht ein **zerstückeltes Revier**, was angesichts der Personalknappheit zu einer höheren Belastung führen wird. Die Zerstückelung ist auch darauf zurückzuführen, dass die Stadt Wörth (mit Jockgrim und Leimersheim) hier nicht eingebunden werden will und als Kommune die Mehrkosten für die eigenständige Forstbewirtschaftung selbst trägt.

Es stellte sich für uns als Gemeinde **grundsätzlich die Frage**, ob in der Folge nicht die Leistungen des Forstamts für den ortseigenen Forst leiden werde – z. B. Verkehrssicherheitsmaßnahmen nach Sturmschäden. Der Klimawandel erzwingt zudem eine **Neustrukturierung des Waldbestandes**, sodass die Reviermeister mehr vor Ort gefordert sein werden. **Nicht akzeptabel** ist, dass wir weniger Leistung bei gleichen Kosten erhalten. Darüber hinaus **hakte die CDU nach**, was gegen den **Fachkräftemangel** unternommen werde.



## Neuorganisation der Reviere im Forstamt Pfälzer Rheinauen (2/2)

Monika Bub **versprach**, dass der Neuzuschnitt des Reviers **nicht** zu einer **Verschlechterung** hinsichtlich der Leistung für die Ortsgemeinde Berg führen werde. Es sei bereits auch personell nachgesteuert worden und 28 junge Förster durchlaufen derzeit die Prüfung.

Die Revierleiter sollen durch die **Zusteuerung** von **Forstwirtschaftsmeistern mit Zusatzqualifikation** entlastet werden. Vorgesehen sind 1,5 zusätzliche Stellen.

Eine **Produktleiterin Waldnaturschutz** wird sich um die Betreuung der Naturwaldreservate und die Erfordernisse der FFH-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat-Gebiete) kümmern.

Der **Brennholzverkauf** im Revier wird bereits jetzt im Wesentlichen durch einen **Forstwirt** organisiert. Zusätzliche Möglichkeiten der **Digitalisierung** sollen die Abrechnung und Verbuchung erleichtern.

Eine Nichtzustimmung, wie in anderen Gemeinden geschehen, hätte jetzt **KEINE weiteren Nachbesserungen** bewirkt, da bereits Nachsteuerungen erfolgten.

Aufgrund der Zusage von Frau Bub, dass die Ortsgemeinde Berg vom gleichen Leistungsumfang ausgehen könne, erfolgte letztendlich die einstimmige **Zustimmung des Ortsgemeinderats Berg**.



## Haushaltsausgleich 2023

Die Verbandsgemeindeverwaltung wurde durch Reinhold Kunz vertreten, der die **konkreten Auswirkungen** der Reform des **Kommunalen Finanzausgleichs** auf den derzeitigen Haushalt dem **Gemeinderat** einordnete.

Derzeit liegt auch für die Ortsgemeinde Berg **kein ausgeglichener Haushalt** vor: Selbst bei der Erhöhung der Hebesätze könnten wir den Haushalt nicht ausgleichen. Dennoch wurde der Haushaltsplan seitens der **Kommunalaufsicht genehmigt**, jedoch bedürfen alle Investitionen einer **Einzelkreditgenehmigung** durch die Kommunalaufsicht.

Nicht alle **Liquiditätskredite** werden aufgrund des **Entschuldungsprogramms** des Landes übernommen. Knapp 900.000 € wollte die Ortsgemeinde für **Investitionen** aufnehmen, durch **Schiebung** kann das angesetzte Volumen deutlich reduziert werden. Grundstücksverkäufe sollen zusätzliche Einnahmen generieren. Alle Fraktionen im Gemeinderat waren sich einig, dass von einer weiteren **Erhöhung der Hebesätze abgesehen** werden soll.

### Maßnahmen zur Entlastung des Haushalts

- Sanierung **Reisigstraße** wird **priorisiert**, Sanierung **Kettlerstraße** (Stachus bis Ludwigstraße) erst ab **2024**
- Dachsanierung **Gemeinschaftshalle** erfolgt erst **2024**
- **Kindertagesstätte** Bergwichel (Pflichtaufgabe): **Große „Blackbox“**.  
Grundsätzlich haben alle **Investitionsvorhaben Nachrang** gegenüber der Verpflichtungen aus dem Kita-Gesetz.
- Baugebiet „**Südlich der Schule**“: Die Erschließung soll möglich **schnell abgeschlossen** werden, damit durch die Veräußerung der Bauplätze (u. a. seniorengerechtes Wohnen) Einnahmen erzielt werden.
- Baugebiet **Kröningsbusch**: **Zügige Erschließung** angestrebt, um Einnahmen durch Grundstücksverkäufe zu erzielen. Allerdings ist die Gemeinde nur im Besitz weniger Grundstücke in dieser Gemarkung.
- **Neulauterburg**: Letzte gemeindeeigene **Bauplätze** verkaufen.
- Problem **Gewerbegebiet**: Der Einheitliche Regionalplan der Metropolregion Rhein-Neckar lässt nicht zu, dass wir unser bestehendes Gewerbegebiet „Mühläcker“ erweitern, obwohl es Interesse eines ortsansässigen Betriebes gibt



Bild von Bruno /Germany auf Pixabay



## Zu Einordnung der interessierten Bürgerinnen und Bürger beziehen wir als CDU-Fraktion noch einmal grundsätzlich zu diesem komplexen und hochproblematischen Thema Stellung\* - Seite (1/3):

*Die rheinland-pfälzischen Kommunen gelten - auch im Bundesvergleich - seit vielen Jahren als chronisch unterfinanziert. Dabei sind es nicht allein soziale, demografische und wirtschaftsstrukturelle Faktoren, die für die kommunale Finanzsituation ausschlaggebend sind, sondern zu einem wesentlichen Teil auch die Ausstattung der Kommunen mit Finanzmitteln durch das Land“ (Quelle: <https://www.staedtetag-rlp.de/themen/finanzen/>).*



Bild von Andrew Khoroshavin auf Pixabay

Auch die finanziellen Möglichkeiten der Ortsgemeinde Berg sind limitiert, da Finanzierungsquellen nur begrenzt zur Verfügung stehen. Neben der Erhebung von Steuern (insbesondere Grund- und Gewerbesteuer), Gebühren und Beiträgen sind dies vor allem Mittel eben aus dem kommunalen Finanzausgleich und Kreditaufnahmen (Verschuldung). Für die Ortsgemeinde Berg ist die Grund- und Einkommenssteuer fast wichtiger als die Gewerbesteuer, d.h. Berg muss ein attraktiver Wohnort bleiben, damit junge Familien sich ansiedeln, die mit ihrer Steuerabgabe wesentlichen Anteil an der Finanzierung der Gemeinde haben. Hier können die Hebesätze nicht beliebig erhöht werden, weil das viele Menschen zum einen finanziell überfordert und zum anderen die Attraktivität unseres Dorfes im Vergleich schmälert.

Die Gewerbesteuer ist als Einnahmequelle aus zwei Gründen weniger attraktiv und sicher. Ortsansässige Betriebe können sich die Gewerbesteuer rückerstatten lassen, wenn die wirtschaftliche bzw. betriebliche Situation sich verschlechtert. Viele Unternehmen, die hier bei uns Niederlassungen haben, zahlen an die Gemeinde Berg teilweise gar keine Gewerbesteuer, sondern entrichten diese an die Kommune, bei der sich der Hauptsitz befindet. **Dies betrifft auch die Einkaufsmärkte Penny und Netto** und insbesondere die Berger Group („Berger aus Berg“). Die Firmenresidenzen befinden sich häufig in den Metropolen des Landes (z. B. München) und die Gewerbesteuer wird dann dort entrichtet.

Fortsetzung auf Seite 2

## Zu Einordnung der interessierten Bürgerinnen und Bürger beziehen wir als CDU-Fraktion noch einmal grundsätzlich zu diesem komplexen und hochproblematischen Thema Stellung - Seite (2/3):

Die Ausgangslage ist keine also keine gute, auch wenn es unserem Dorf immer noch besser geht als vielen anderen Kommunen. Fakt ist, dass viele der im Bundesvergleich am höchsten verschuldeten Kommunen aus Rheinland-Pfalz stammen.

Bereits 2020 bescheinigte der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz der rheinland-pfälzischen Landesregierung, dass der von ihr geregelte Kommunale Finanzausgleich (KFA) **verfassungswidrig** ist: <https://www.steuerzahler-rheinland-pfalz.de/2020/12/17/kommunaler-finanzausgleich-ist-verfassungswidrig-2/>).

Das Land Rheinland-Pfalz enthielt (und enthält weiterhin) den Kommunen zur Erfüllung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben die erforderlichen Mittel vor. Rheinland-Pfalz musste aufgrund des Urteils den kommunalen Finanzausgleich (KFA) reformieren und am 24.11.2022 beschloss der Landtag die entsprechende Reform dazu.

Der Systemwechsel sollte den Kommunen eine Mindestfinanzausstattung garantieren, um die nachhaltige Erfüllung von Pflichtaufgaben und einem Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben zu ermöglichen. Im Zuge der Reform wurde die kommunale Mindestfinanzausstattung aufwendig ermittelt und mit rund 3 Mrd. Euro für das Jahr 2023 festgestellt. Damit einher geht allerdings eine Neuausrichtung der Kommunalaufsicht: Sie soll sich nicht nur auf bloße Ratschläge, Hinweise oder Aufforderungen beschränken, sondern **Korrekturpflichten** im Bereich der Finanzierung **notfalls durchsetzen** (!)

Das heißt unter Umständen für Berg, dass die Gemeinde von der Kommunalaufsicht zur Erhöhung der Hebesätze (z. B. Grundsteuer) verpflichtet werden kann und gleichzeitig massiv bei der Ausgabenseite gekürzt wird (bei den freiwilligen Aufgaben), denn das oberste Ziel der Neuausrichtung der Kommunalaufsicht ist die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung, d.h. der Pflichtaufgaben.



Bild von [Andrew Khoroshavin](#) auf [Pixabay](#)

## Zu Einordnung der interessierten Bürgerinnen und Bürger beziehen wir als CDU-Fraktion noch einmal grundsätzlich zu diesem komplexen und hochproblematischen Thema Stellung - Seite (3/3):

Das ist ein **schwerwiegender Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung**, vor allem vor dem Hintergrund, dass das Land Rheinland-Pfalz selbst ständig zur Erhöhung des finanziellen Aufwands bei den Pflichtaufgaben beiträgt. Man denke an das Kita-Gesetz: Auf die Ortsgemeinde kommen unter Umständen aufgrund neuer Vorschriften Neu-Investitionen in Millionenhöhe zu – bei der Finanzierung dazu schweigt das Land.



Bild von [Andrew Khoroshavin](#) auf [Pixabay](#)

Die Landkreise und die Verbandsgemeinden sind gehalten, bei defizitärer Haushaltslage ihre Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, d.h. Grund- und Gewerbesteuer sollen erhöht werden. Das **Land Rheinland-Pfalz** trägt also selbst **maßgeblich** zur defizitären Haushaltslage bei und sorgt weiterhin nicht für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen.

Der Rücktritt des Gemeinderats Freisbach wegen eines nicht genehmigten Haushalts hat die finanzielle Not der Kommunen noch einmal drastisch in das Licht der Öffentlichkeit gerückt

(<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/ludwigshafen/streit-um-haushalt-gemeinderat-freisbach-tritt-zurueck-100.html>).

### Die CDU-Fraktion Berg kritisiert:

**Auch für die Ortsgemeinde Berg werden durch das Land die finanziellen Spielräume geschmälert, und damit auch die gemeindeeigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Der Gemeinderat droht zu einem Erfüllungsorgan des Landes und der Kommunalaufsicht zu verkümmern. In Mainz sollte sich daher niemand wundern, wenn immer weniger Menschen bereit sind, sich ehrenamtlich im Gemeinderat zu engagieren.**

**Wir erwarten eine deutliche Nachbesserung beim Kommunalen Finanzausgleich unter Berücksichtigung des Grundsatzes: Wer bestellt, der bezahlt auch.**



## Kindertagesstätte Bergwichtel: Erstellung einer Machbarkeitsstudie (VO/2023/966)

Mit dem seit 01.07.2021 gültigen **Kita-Zukunftsgesetz** (mit Überleitungs-  
vorschriften bis 2028) wird ein **Rechtsanspruch** auf eine durchgängige  
Betreuung von sieben Stunden in Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz  
geregelt. (Zur Finanziellen Beteiligung des Landes siehe unsere Einordnungen hier)

Für die **Umsetzung** der 7-Stunden-Betreuung in der Kindertagesstätte in  
**Berg** werden gemäß Bedarfsplanung des Jugendamtes nachfolgende  
Maßnahmen erforderlich:

- **Schaffung von Schlaf- und Ruheräumen,**
- **Schaffung von Funktions- und Nebenräumen,**
- **Schaffung von weiteren Essensplätzen.**

Nach **vielen Monaten** und **mehrfachen Nachfragen** zum weiteren Vorgehen durch die **CDU Fraktion**  
wurde nun **endlich** ein Schritt nach Vorne getan:

Zur **Prüfung** und **Darstellung**, mit welchen **Möglichkeiten** das neue Kita-Zukunftsgesetz **am bestehenden**  
**Standort** umgesetzt werden kann, bzw. wie die bestehende Kindertagesstätte erweitert werden kann,  
soll nun zunächst eine **Machbarkeitsstudie** mit grober **Kostenschätzung** in Auftrag gegeben werden.

Der Gemeinderat Berg hat einstimmig zugestimmt, diese Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.



## Antrag des FC Berg 1920 e. V. auf Zuschuss Sportstätten (VO/2023/936)

**Wiederholt** hat der FC Berg 1920 e. V. um **dauerhafte Unterstützung** gebeten, weil die Instandsetzung der vereinseigenen Sportstätten immer teurer wird. Neben den beiden **Fußballplätzen** sind hier noch die **Tennisplätze** sowie die **DirtTrack-Anlage** aufzuzählen.

Das landeseigene **Sportfördergesetz** bietet zudem die **Möglichkeit**, die Pflege der Sportstätten als dauerhafte **Pflichtaufgabe** zu verorten. Die CDU-Fraktion unterstütze das Anliegen des Vereins grundsätzlich, da es im ureigenen Interesse der Gemeinde selbst ist, dass ein **Verein** im Dorf mit viel ehrenamtlichen Engagement für die Bürgerinnen und Bürger **Sportstätten** pflegt und vorhält.



**Alle Vereine in Berg sind für den Ort wichtig und eine Bereicherung**, vor allem auch was die Jugendarbeit anbelangt. Dennoch muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die **Ausgaben** für die Instandhaltung der **Sportstätten** angesichts hoher Kosten für Energie, Wasser und Düngung **Preistreiber** sind, die nicht nur dem Fußballverein in Berg massiv zu schaffen machen. Unser Vorschlag neben dem Haushaltsposten für Jugendarbeit (4.000 Euro) einen Haushaltsposten für die Pflege der Sportstätten einzurichten wurde **obsolet**, da von Verwaltungsseite ein **älterer CDU-Vorschlag** aufgegriffen wurde und eine **generelle Fördersatzung** für **ALLE** ortsansässigen **Vereine** ins Spiel brachte.

**Das überraschte insofern, als dass genau diese Idee als CDU-Vorschlag noch Anfang 2023 keine mehrheitliche Zustimmung erfuhr.** Vorgesehen ist nun, dass der Etat für die Vereine von 4.000 auf 8.000 Euro aufgestockt wird. Der FC Berg erhält für diese Jahr die noch nicht abgerufenen Mittel für die Vereine als **Soforthilfe**.

Zusammen mit dem **Berger Kulturring** soll eine **Fördersatzung ausgearbeitet** werden. Ziel ist, dass zukünftig die im Haushalt veranschlagten Mittel nach **festen Kriterien** vergeben werden, z. B. Größe des Vereins, Aufwand bei der Pflege der Vereinsstätten, Aufwand Jugendarbeit, etc.

Der Vorschlag (und damit auch die CDU-Idee vom Frühjahr) wurde **einstimmig** durch den Gemeinderat beschlossen

## **Bauvoranfrage - Neubau eines Wohnhauses mit 5 barrierefreien Wohneinheiten in Berg, Ludwigstraße, Pl.Nr. 4338 (VO72023/325-03)**

Das Bauvorhaben beschäftigte den Gemeinderat Berg bereits einige Male. Dem Bauvorhaben wurde seitens des Gemeinderates bisher immer das **Einvernehmen versagt**, weil es in Bezug auf das **Maß der baulichen Nutzung** sich nicht in die nähere Umgebungsbebauung einfügt.

Die CDU-Fraktion hat grundsätzlich **nichts gegen barrierefreies Wohnen** oder gegen das Bauen in zweiter Reihe einzuwenden – **im Gegenteil**. Für uns ist allerdings der **Grundsatz** bindend, dass sich ein Bauvorhaben gemäß der **Gesetzeslage** in die nähere Umgebung einfügen muss. Auch bei der jetzigen Bauvoranfrage fügte sich das Objekt trotz diverser Anpassungen immer noch nicht ein. **Unverständlich** ist für uns als Fraktion, dass der das Bauprojekt betreuende Bauleiter oder **Architekt wiederholt** Bauvoranfragen einreicht, die **nicht den Vorgaben** entsprechen bzw. auf deren **Einhaltung** bereits **sämtliche Beschlüsse** des Gemeinderates bei den vorherigen Voranfragen **hinweisen**.

Umso mehr **erstaunte** uns, dass einige **Mitglieder der Freien Wähler** von dem **Grundsatz**, dem sich bislang alle Fraktionen verbunden fühlten, **abweichen** wollten, um das Bauvorhaben doch noch zu ermöglichen. Das lehnten wir ab, denn es müssen zukünftige **NEUE Referenzobjekte** vermieden werden:

Öffnet die Gemeinde hier einmal die **Büchse der Pandora**, dann kann sie auch **anderen Projekten nicht** mehr das Einvernehmen **versagen**. Nicht nur das Erscheinungsbild des Ortes würde sich nicht unbedingt zum Bessern verändern, sondern auch die **Infrastruktur** droht zu **überlasten**, wenn zu große Wohneinheiten in Baugebiete nachträglich eingefügt werden. Unsere **Straße** und auch die **Kanalisation** sind darauf nicht ausgerichtet.

Bei der aktuellen Bauvoranfrage muss das nicht der Fall sein, aber auch hier wurden Vorgaben nicht eingehalten. Der **Ortsgemeinderat versagt** mehrheitlich sein **Einvernehmen** nach § 36 BauGB für den Neubau des Wohnhauses mit 5 barrierefreien Wohneinheiten – **auch einige Freie Wähler schlossen sich** unserer Argumentation dabei **an**.



## Einwohnerfragen (1/2)

### Neubaugeliete „Kröningsbusch“ und „Südlich der Schule“

Erwartungsgemäß gab es Fragen, wann die Neubaugeliete „**Kröningsbusch**“ und „**Südliche der Schule**“ denn nun erschlossen werden. Beim geplanten Neubaugeliet „Kröningsbusch“ wurden noch **Einsprüche** (u. a. wegen eines Grünweges der mitten durch bestehende Bauten mit Gärten führte) **abgearbeitet**.

Seitens Reinhold Kunz wurde in Aussicht gestellt, dass der **Bebauungsplan** in der **nächsten Sitzung** vorliegt. Allerdings müsse damit gerechnet werden, dass das **Umleverfahren** noch **einige Zeit** beanspruchen dürfte.

Beigeordneter Thomas Worst verwies bei dem geplanten Neubaugeliet „**Südlich der Schule**“ darauf, dass hier auf **Initiative der CDU-Fraktion** seniorengerechtes Wohnen ermöglicht werden soll. Der CDU-Vorschlag mache aufgrund der zentralen Lage und des Umstandes auch **Sinn**, da alle **Grundstücke** inzwischen der **Gemeinde** gehören. Zudem wird ein Teil der Fläche auch für Bauvorhaben junger Familien zur Verfügung stehen, weil nicht die gesamte Fläche für das Projekt benötigt wird. Ein **Investor** für **seniorengerechtes Wohnen** war bereits vorstellig geworden. Ein weiteres Treffen sei für den **November** geplant.

**Hinweis der CDU:** Wichtig ist auch die **Bedarfslage** zu klären, um sicherzustellen, dass es auch eine **solide Nachfrage** für das Projekt gibt. Ebenso war vereinbart **parallel** das Landesprogramm zum „**Wohnpunkt**“ zu beantragen, um bei einer eventuelle Absage des Investors auch den anderen Weg weitergehen zu können. **Fristablauf am 03.11.23 (!)**

Die in **diversen Sitzungen** immer wieder von uns **angemahnte** und **versprochene Einwohnerversammlung** (siehe CDU-Antrag vom April **2022(!)**) wurde dieses Mal für Ende **November** angekündigt. **Wir sind gespannt.**



## Einwohnerfragen (2/2)

### Radweg beim Zollpavillon

Nachgefragt wurde, wann die **Gefahrensituation** beim **Grenzübergang** am Zollpavillon beseitigt wird. Hier verwies der Beigeordnete Thomas Worst auf die Planung der Gemeinde, den Grenzübergang ganzheitlich als „**Tor nach Frankreich**“ in den Blick zu nehmen. Hier müsse sich die Gemeinde auf einen **Entwurf** einigen, der allerdings mit dem Gemeinderat noch nicht vorliegt.



### Berichterstattung DIE RHEINPFALZ

Ein Bürger fragte nach, warum die Tageszeitung **DIE RHEINPFALZ** nicht mehr über die **Gemeinderatssitzungen** in Berg **berichtet**. Nach einer Auswertung des Leseverhaltens der Zeitungslernerinnen und Zeitungslerner kam die Zeitung zu dem Ergebnis, dass diese **Berichterstattung** insgesamt **auf wenig Interesse** stößt. Aus diesem Grund gibt es keine regelmäßige Berichterstattung mehr.

### Niederschriften über Gemeinderatssitzung

Moniert wurde seitens eines Bergers, dass nur bei der Ortsgemeinde Berg die **Niederschriften** zu den Gemeinderatssitzungen **sehr spät veröffentlicht** werden. Bürgermeisterin Sabine Gerhart sagte die **Prüfung** zu, ihr selbst läge die Niederschrift immer sehr früh vor und sie unterschreibe diese auch zügig, damit es zu keinen Verzögerungen komme.

### Gefährdungsanzeige Fahrradwege

Ein Bürger wies auf einige **Gefahrenstellen** bei den **Fahrradwegen** hin: u. a. Bodenwellen, Rillen, Schlaglöcher aber auch die Vegetation der angrenzenden Grundstücke stellten eine **Sicherheitsgefährdung** dar. Die relevanten Stellen dazu wurden genau benannt. Bürgermeisterin Sabine Gerhart sagte **Prüfung** und Abhilfe zu.

### Glasfaser

Nach wie vor gibt es **keinen verlässlichen Sachstand**, wann die Deutsche Glasfaser in Berg mit den Verlege- und Anschlussarbeiten beginnt. Kritisiert wurden die **zahlreichen Internetausfälle** der jüngeren Vergangenheit. Die **CDU-Fraktion** regte an, hier **Beschwerden** bei der **Bundesnetzagentur** einzureichen.



## Sonstiges / Nachgehakt

### Kommunale Wärmeplanung

Alle Kommunen in Deutschland sind verpflichtet, in den kommenden Jahren Pläne für klimafreundliches Heizen vorzulegen. Auf **Nachfrage der CDU-Fraktion**, ob es hier schon erste Planungen gebe, entgegnete Sabine Gerhart, dass diesbezüglich noch **kein Austausch mit der Verwaltung** stattgefunden habe.

Weiterführende Infos dazu siehe unter:

<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/bundeskabinett-beschluss-waermeplanung-kommunen-100.html>

<https://www.energieagentur.rlp.de/info/die-energieagentur-informiert/aktuelle-meldungen/aktuelles-detail/neuer-foerderschwerpunkt-kommunale-waermeplanung/>

### Sanierung gemeindeeigene Wohnhäuser

Bürgermeisterin Sabine Gerhart und Beigeordneter Thomas Worst konnten von **keinem neuen Stand** berichten.

Nach wie vor stellt sich uns als **CDU-Fraktion** die Frage, ob der **Verkauf eines** der beiden **Häuser** bei der ursprünglichen Diskussion vor Jahren nicht **zielführender** gewesen wäre. Seit Jahren kommen wir hier **keinen Schritt weiter**.



# Nachtrag

## Sanierung Landstraße L554 und B9 rund um Berg und Neulauterburg

Auf der Gemeinderatssitzung gab es leider keine Neuigkeiten zur konkreten Planung Des LBM (Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz) zur Sanierung, Sperrung und Umleitung zu den geplanten Maßnahmen.

Inzwischen gibt es eine Pressemeldung des LBM zu den einzelnen Schritten:

### **Fahrbahnsanierung zwischen Neulauterburg und der B 9**

*Der Landesbetrieb Mobilität teilt mit, dass ab Mitte November die L554 zwischen Neulauterburg und der B 9 in zwei Bauabschnitten, jeweils unter Vollsperrung saniert wird.*

*Im 1. Bauabschnitt wird die Strecke von der B 9 bis zur Gaststätte „No Name“ für den Verkehr voll gesperrt. Anschließend folgt der 2. Bauabschnitt, von der Gaststätte „No Name“ bis zum Ortseingang Neulauterburg. Die Zufahrt zur Gaststätte bleibt im 1. Bauabschnitt von Neulauterburg kommend und im 2. Bauabschnitt von der B 9 kommend, aufrecht erhalten.*

*Die Umleitung für beide Bauabschnitte wird ausgeschildert und führt von der B 9 nach Neulauterburg über die K 18 und K 19 Richtung Hagenbach. Von Neulauterburg auf die B 9 wird der Verkehr über die K 22, die als Einbahnstraße ausgewiesen ist, geführt.*

*Die Bauzeit wird voraussichtlich bis Ende des Jahres 2023 dauern. Der genaue Baubeginn wird in der Tagespresse bekannt gegeben. Im Jahr 2024 werden die Bauarbeiten fortgesetzt. Es folgt die Sanierung der L 540 zwischen Hagenbach und Neulauterburg in mehreren Bauabschnitten.*

*Die Baukosten der gesamten Baumaßnahme, der L 540 und der L554 von Hagenbach über Neulauterburg zur B 9, belaufen sich auf rund 2.500.000 Euro mit einer Gesamtbaulänge von ca. 6,6 km. Die Informationen zur Verkehrsführung erhalten Sie unter Mobilitätsatlas rlp.de. Der Landesbetrieb Mobilität Speyer bittet alle Verkehrsteilnehmer während der Bauzeit um Verständnis für die auftretenden Verkehrsbeeinträchtigungen.*

Die Grafik dazu findet Ihr auf der nächsten Folie in größerer Darstellung

Da der Link zum Mobilitätsatlas nicht richtig ausgewiesen ist, haben wir hier noch einmal explizit den Bereich rund um Berg herausgesucht für Aktuelles:

<https://verkehr.rlp.de/#/?center=49.02903,8.22412&zoom=13>



# Karte des LBM zu den Maßnahmen in größerer Darstellung (Quelle: LBM RLP)

